

waren. Aber der Versuch, Bewegung zu schaffen, ist immer wieder auf unterschiedlichen Ebenen gemacht worden.

Meine Damen und Herren, haben sie vielen Dank, daß Sie so lange geduldig zugehört haben.

(Beifall – Hinweis: Abg. Koschyk äußert den Wunsch, die schriftliche – ausführlichere – Fassung des Vortrags in den Anhang des Protokolls zu nehmen. Dagegen wird kein Widerspruch laut, so daß die Sitzungsvorsitzende dies zusagt – vgl. Anlage.)

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Herr Professor Möller, vielen Dank. Jetzt ohne lange Zwischenrede angesichts der fortgeschrittenen Zeit, aber wir haben Ihnen allen mit großem Interesse und großer Spannung gelauscht, bitte unser Kollege und Mitglied der Enquete-Kommission, Herr Dr. Faulenbach.

Dr. Bernd Faulenbach: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren!

Aufgabe der Enquete-Kommission ist es, nicht nur zur Klärung historischer Tatbestände beizutragen, sondern auch die Maßstäbe des Urteils über die jüngste Geschichte zu überprüfen. Hier scheint mir noch vieles zu leisten zu sein. Die Umwälzung 1989/90 hat nicht lediglich eine Fülle von Aktenmaterialien zugänglich gemacht, die es systematisch und methodisch reflektiert auszuwerten gilt, sie hat vielmehr auch unsere Perspektive, in der wir die Nachkriegszeit sehen, verändert. Dies gilt insbesondere für die Deutschlandpolitik, bei der sich die Frage der Maßstäbe neu stellt.

Die Vereinigung zwingt dazu, die Nachkriegsgeschichte nicht nur aus westdeutscher *oder* ostdeutscher, sondern aus west- *und* ostdeutscher Perspektive zu sehen. Man muß offen eingestehen, daß wir uns daran gewöhnt hatten, die Geschichte der DDR und die Geschichte der Bundesrepublik getrennt voneinander zu behandeln. Man denke an die zahlreichen Geschichten der Bundesrepublik und die Geschichten der DDR, etwa das große sechsbändige Werk zur Bundesrepublik Deutschland von Bracher, Eschenburg u. a.

Heute müssen die Westdeutschen versuchen, die Nachkriegsgeschichte auch mit ostdeutschen Augen in den Blick zu nehmen, selbstverständlich gilt dies auch umgekehrt. Die Deutschlandpolitik 1949–1963 mag hier als ein Testfall herangezogen werden, an dem die neue gesamtdeutsche Perspektive zu erproben ist.

Die Deutschlandpolitik dieses Zeitraumes wurde entscheidend von Konrad Adenauer bestimmt, man spricht von einer „Ära Adenauer“. In der alten Bundesrepublik hatte sich zuletzt ein Bild der Adenauerschen Politik durchgesetzt, in dem Adenauer als Politiker galt, der die Nationalstaatsidee für die Deutschen relativiert hatte, der die europäische Integration der Bundesrepublik vorangetrieben und den politisch-ökonomischen Aufstieg der Bundesrepublik ermöglicht hatte. Selbst prominente Sozialdemokraten, wie etwa Erhard Eppler

in seiner Rede am 17. Juni 1989 vor dem Bundestag, zollten Adenauer nun für seine Außenpolitik Anerkennung, auch wenn sie bestimmte Defizite anmerkten und die Komplementarität der Politik der Westbindung durch einen Ausgleich mit dem Osten betonten.

Diese Politik ist erneut zu betrachten, wobei auch die Schattenseiten mit zu sehen sind. Die Zweistaatlichkeit dauerte immerhin 40 Jahre, mehr als eine Generation lang. Man muß sich das damit gegebene Ausmaß vermindelter Lebenschancen für die Menschen in der DDR vergegenwärtigen. Das Schicksal der Menschen in der DDR ist die Kehrseite der Entwicklung der Bundesrepublik. Dies heißt nicht, um dies gleich hier zu sagen, daß dieser Tatbestand eindeutig oder gar alleine der Adenauerschen Deutschlandpolitik anzulasten ist. Doch stellt sich noch einmal die Frage, ob nicht eine andere Entwicklung möglich gewesen wäre und falls ja, zu welchem Preis.

Allerdings wird neuerdings versucht, die Wiedervereinigung als das Ergebnis der Adenauerschen Politik darzustellen – eine, wie ich meine, überaus anfechtbare These, die die Jahrzehnte nach Adenauer für irrelevant erklärt, gleichsam wegeskamotiert. Zudem ist offensichtlich, daß das Adenauerbild vor der Vereinigung, in dem die antinationalstaatliche Dimension seiner Politik akzentuiert worden war, mit dem Bild Adenauers nach der Vereinigung, als des Vaters der Wiedervereinigung, in einer unübersehbaren Spannung steht. Lassen Sie mich dies im folgenden etwas näher ausführen.

Ich möchte zunächst Grundzüge der Adenauerschen Deutschland- und Außenpolitik 1949–1955 umreißen, dann nach den Kozeptionen seiner Gegner und Kritiker fragen, in einem dritten Schritt die Deutschlandpolitik 1955–1961 behandeln und schließlich die Suche nach Neuansätzen in den 60er Jahren noch kurz ansprechen. Zunächst zum ersten Punkt, zu Grundzügen der Adenauerschen Deutschlandpolitik.

I.

Schon zahlreiche Zeitgenossen haben Adenauers Politik, das ist auch hier eben von Herrn Möller angesprochen worden, als stark „westdeutsch geprägt“ bezeichnet, wobei häufig auf seine Rolle als Kölner Oberbürgermeister und auf seine antipreußische Orientierung verwiesen worden ist. Vielfach ist eine Diskrepanz zwischen seinen Worten zur Wiedervereinigung und seiner tatsächlichen Politik konstatiert worden bis hin zu der Behauptung, die Wiedervereinigungsrhetorik habe die Westintegrationspolitik lediglich absichern, gleichsam verschleiern sollen und sei deshalb, ich zitiere Josef Foschepoth, „die Lebenslüge der Bundesrepublik bzw. der Regierung Adenauer“ gewesen. Dem standen und stehen Einschätzungen gegenüber, die Adenauers Äußerungen zur Deutschlandpolitik ernstnehmen. Rudolf Morsey etwa hat in seiner Expertise

für diese Kommission gemeint, es gebe „keinen quellenmäßigen Beleg“ für die These, daß Adenauer die Bundesrepublik als „das im Westen politisch saturierte Deutschland angesehen und die dauernde Teilung der Nation in Kauf genommen, wenn nicht gar angestrebt habe“.

Sicherlich ist die Einengung der Diskussion über die Politik der Bundesregierung und der Koalition auf Konrad Adenauer problematisch. Keine Frage, daß Jakob Kaiser eine ganz andere deutschlandpolitische Grundposition vertrat und auch Hermann Ehlers, Eugen Gerstenmaier u. a. keineswegs in jeder Hinsicht zu allen Zeiten mit Adenauer übereingestimmt haben. Dennoch war Adenauer die bestimmende Figur. Arnulf Baring hat seine Untersuchung über die Außenpolitik in den frühen 50er Jahren mit dem Satz begonnen: „Im Anfang war Adenauer.“ Deshalb sei hier Adenauers Ansatz etwas näher charakterisiert.

Erstens: Adenauer ging es vorrangig um die auf dem Hintergrund der weltpolitischen Konstellationen mögliche westeuropäische Integration. Sie war für ihn nicht Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck, wobei historische Erfahrungen für Adenauer eine wichtige Rolle spielten.

Zweitens: Adenauer ging es um die Verteidigung der Freiheit, d.h. der Sicherheit der Bundesrepublik, die er durch sowjetischen Expansionsdrang gefährdet sah. Er war in diesem Punkt zu keinerlei Risiken bereit und lehnte deshalb jede Beschäftigung mit Neutralitätsvorstellungen ab, die aus seiner Sicht die Gefahr implizierten, daß Westdeutschland in Abhängigkeit zur Sowjetunion geriete.

Drittens: Adenauer trat für die Wiedervereinigung ein, doch war sie für ihn ein nachgeordnetes Ziel. Eine Wiedervereinigung um den Preis einer sicherheitspolitischen Abtrennung vom Westen lehnte er entschieden ab.

Darüber hinaus versuchte Adenauer außenpolitisch Souveränität wiederzugewinnen, die er freilich teilweise sogleich wieder bereit war zugunsten supranationaler westeuropäischer Strukturen aufzugeben.

Die Ziele Adenauers hat man mit der Trias, das ist auch eben hier schon angesprochen worden, Freiheit, Frieden, Einheit gekennzeichnet, wobei die Reihenfolge, wie gesagt, die Rangordnung markiert. Christian Hacke hat jüngst formuliert: „Adenauer verfocht die Freiheitskomponente kompromißlos... Die Wiedervereinigung als nationale Aufgabe war in der Auffassung Adenauers der Freiheitsforderung – und das bedeutete Westintegration – und der Friedenssicherung nachgeordnet.“

Adenauers entschiedenes Eintreten für eine Politik der Westintegration speiste sich aus verschiedenen Quellen. Sicherlich spielte dabei, wie schon angesprochen, Adenauers rheinischer Hintergrund eine Rolle. Bedeutsamer war ein Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit verarbeitendes, ausgesprochenes Mißtrauen gegenüber dem deutschen Volk, ein Mißtrauen, in dem er sich mit

den westlichen Alliierten traf. Die Westintegrationspolitik sollte die anderen vor den Deutschen und die Deutschen vor sich selbst schützen. Adenauer hat die Westintegrationspolitik unter anderem mit der Problematik der Außenpolitik von Weimar begründet: Deutschland sollte die Entscheidungsfreiheit abgenommen werden, der „Sonderweg“ sollte abgeschnitten werden; jede Schaukelpolitik sollte ausgeschlossen sein, ebenso eine nationalstaatliche Restauration. Zwar ist die eigentliche Problematik der Weimarer Republik, der Kern der Sonderwegsproblematik, aus meiner Sicht nicht in der außenpolitischen Lage zwischen Ost und West, sondern in bestimmten politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen Deutschlands zu sehen, doch sprach nach den nationalistischen Exzessen in der NS-Zeit in der Tat in der Nachkriegszeit sehr viel für eine deutsche Politik im europäischen Verbund. Die europäische Einigung konnte als Lehre der Geschichte gelten und hatte für viele in der Nachkriegszeit von daher besondere Überzeugungskraft, bot allerdings den Deutschen auch eine entlastende Funktion angesichts ihrer katastrophalen jüngsten Geschichte.

Adenauer hielt, und dies ist im Hinblick auf die Wiedervereinigungsfrage relevant, den Nationalstaat für überholt. Nur so ist etwa seine Saarpolitik zu verstehen, die dem Saarland einen von der Bundesrepublik unabhängigen europäischen Status zu geben bereit war. Man wird zu konstatieren haben: Westintegration und Wiedervereinigung waren für Adenauer keine gleichwertigen Optionen. Zwar versuchte Adenauer, durch ein Konzept der Politik der Stärke und durch die Verpflichtung der Westalliierten zum Eintreten für die Wiedervereinigung im Deutschlandvertrag die Westintegrationspolitik mit dem Ziel der Wiedervereinigung zu verknüpfen. Doch ändert dies nichts an Adenauers spezifischer Prioritätensetzung, die ausschloß, nach Möglichkeiten zu suchen, die „nationale Einheit in Freiheit“ (das war die Formel von Schumacher) im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems zu suchen, das eine militärische Integration in den Westen vermied, doch eine ökonomisch gesellschaftliche Verflechtung mit dem Westen zuließ.

Im übrigen ist festzustellen, so europäisch-supranational Adenauer im Hinblick auf den Westen argumentierte und handelte, so nationalstaatlich geprägt waren seine Forderungen in Richtung Osten. Er verlangte nicht nur die Wiedervereinigung, sondern auch entschieden die Rückgabe der Ostgebiete, obgleich er sich, wie wir aus einer ganzen Reihe von Quellen wissen, im Grunde darüber im klaren war, daß die Ostgebiete verloren waren.

Ich habe hier nicht die verschiedenen Stationen der Adenauerschen Politik nachzuzeichnen. Es kann aber keine Frage sein, daß Adenauer in der Zeit, in der der Blockbildungsprozeß noch im Gange war, d.h. vor 1955, kein über das Konzept der Politik der Stärke hinausgehendes Wiedervereinigungskonzept besaß, und danach gab es nicht einmal mehr dieses vage Konzept. Mit dem Abschluß der Westverträge 1955 und dem gleichzeitigen Eintritt der DDR in den Warschauer Pakt, die eine wesentliche Zäsur der Nachkriegsentwicklung

bildeten, war, wie sich rasch zeigte, die deutsche Teilung auf unabsehbare Zeit zementiert.

II.

Zum zweiten Punkt: Konzeptionen der Gegner und Kritiker Adenauers.

Zweifellos stellt sich im Hinblick auf die Deutschlandpolitik jener Jahre auch die Frage der Alternativen, die etwa die Opposition damals zu entwickeln versuchte.

Zunächst war die Meinungsverschiedenheit zwischen der Adenauerschen Politik und der Schumachers, wobei Schumacher die Position der SPD trotz abweichender Meinung des Bürgermeisterflügels in ähnlicher Weise dominierte, wie Adenauer die der CDU, nicht so gewaltig wie manchmal angenommen wird; da stimme ich mit Herrn Möller überein.

Schon 1947 entwickelte Kurt Schumacher seine Magnettheorie, als er schrieb, ich will sie in diesem Fall auch einmal zitieren: „Die Prosperität der Westzonen...kann den Westen zum ökonomischen Magneten machen. Es ist realpolitisch kein anderer Weg der Wiedervereinigung möglich als die ökonomische Magnetisierung des Westens, die ihre Anziehungskraft auf den Osten so stark ausüben muß, daß auf die Dauer die bloße Innehabung des Machtapparates dagegen kein sicheres Mittel ist. Es ist gewiß ein schmaler und vermutlich langer Weg“. So Kurt Schumacher 1947.

Man wird sagen müssen, diese Theorie ist nicht einfach durch die historische Entwicklung bestätigt worden. Zwar hat der Westen früh eine beachtliche Anziehungskraft auf den Osten ausgeübt und diese über Jahrzehnte behalten, das ist ganz unstrittig. Doch führte diese Anziehungskraft nicht einfach zur Wiedervereinigung, sowjetische Politik konnte die Wirksamkeit der Anziehungskraft, nicht zuletzt durch Machtpolitik, begrenzen, zugleich jedoch eben niemals ganz ausschalten.

Wie man diese Magnettheorie auch beurteilen mag, die Unterschiede zu Adenauer sind zunächst im Hinblick auf die Deutschlandpolitik nicht groß. Auch hinsichtlich des dezidierten Antikommunismus sind keine schwerwiegenden Unterschiede auszumachen. Schumacher lehnte aus prinzipiellen Überlegungen jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten ab, für ihn war die KPD keine deutsche Partei, sondern eine Agentur der sowjetischen Besatzungsmacht.

Selbst im Hinblick auf Europa muß man sich vor einer simplen Entgegensetzung hüten. Schumacher war Europäer wie Adenauer, hatten die Sozialdemokraten doch schon in der Weimarer Zeit die Vereinigten Staaten von Europa in ihrem Grundsatzprogramm gefordert. Er wollte den deutschen Staat in ein föderiertes, möglichst demokratisch-sozialistisch strukturiertes Europa inte-

gieren, wobei sich die sozialdemokratischen Hoffnungen zunächst vor allem auf die britische Politik, also auf die Politik der Labour-Party richteten. Auch blieb die traditionell westliche Orientierung der deutschen Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit durchaus erhalten. Ihre Orientierung am Modell der westlichen parlamentarischen Demokratie und ihre Westorientierung politisch-kultureller Art standen nie in Zweifel.

Der Unterschied zwischen Adenauer und Schumacher, zwischen der Bundesregierung und der SPD-Opposition in den frühen 50er Jahren, ist vielmehr so zu bestimmen, daß die Sozialdemokratie, geleitet von einem demokratischen Nationalbewußtsein, nicht bereit war, die Frage der Wiederherstellung der nationalen Einheit der westeuropäischen Integration nachzuordnen. Sie kritisierte deshalb nicht nur die aus ihrer Sicht fehlende Gleichberechtigung im Zuge der Westintegration und die Saarpolitik, sondern stellte auch die Westintegrationspolitik unter einen gesamtnationalen Vorbehalt. Diese Momente sind der Hintergrund der scharfen Konflikte zwischen Schumacher und Adenauer – man denke etwa an die Debatten über das Petersberger Abkommen oder über den Beitritt zum Europarat oder die Schaffung der Montanunion. Wenige Wochen vor seinem Tod markierte Schumacher den Gegensatz zu Adenauers Politik wie folgt: „Das deutsche Volk in all seinen Schichten braucht eine Bundesregierung, die die Wiedervereinigung Deutschlands zum obersten Gesetz ihres praktischen Handelns macht. Heute hat es eine Bundesregierung, die die Integration eines Teils von Deutschland mit gewissen Mächten für wichtiger hält als die deutsche Einheit.“

In der Auseinandersetzung um die Stalin-Noten wuchs in der Sozialdemokratie die Bereitschaft, eine militärische Neutralisierung – nicht eine politische – nicht per se abzulehnen, wenn sie die „Wiedervereinigung in Freiheit“ bei durch die Großmächte garantierter Sicherheit ermöglichte. Die Sozialdemokratie forderte jedenfalls im Kontext der Verhandlungen und Ratifikationsverfahren der Westverträge immer aufs neue Vier-Mächte-Verhandlungen. Der Berliner Bundestagsabgeordnete Willy Brandt formulierte in der Debatte nach dem 17. Juni 1953: „Uns liegt – gerade auch nach dem heroischen und tragischen Geschehen in der Zone – die gesamtdeutsche Haut näher als irgendein kleineuropäisches Hemd.“ 1954/55 wiederholten sich im Vorfeld der parlamentarischen Entscheidungen über die Westverträge die Auseinandersetzungen von 1952, wobei für die Sozialdemokratie zunehmend die Idee eines europäischen Sicherheitssystems in den Vordergrund trat, ein Sicherheitssystem, das auch die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion berücksichtigen sollte.

Die wohl konsequenteste Gegenposition zur Deutschlandpolitik Adenauers in den frühen 50er Jahren entwickelten Gustav Heinemann und seine Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP). Heinemann, der aus Protest gegen Adenauers Politik (weil dieser am Kabinett vorbei den Westalliierten einen deutschen

Verteidigungsbeitrag angeboten hatte) von seinem Amt als Innenminister zurückgetreten war, kritisierte mit großem Nachdruck die Politik der Stärke, die er für gefährlich, dem Ziel der Wiedervereinigung entgegengesetzt und auch für moralisch bedenklich hielt. Heinemann und seine Anhänger setzten sich energisch für die Nutzung aller Möglichkeiten ein, Wiedervereinigungschancen auszuloten und der Integration der beiden deutschen Teilstaaten in die jeweiligen Blöcke zu entgehen. Sein Konzept zielte auf die Wiedervereinigung jenseits der Blöcke, wobei die Sicherheit des vereinigten Deutschland nach Heinemann von den Alliierten garantiert werden und dieses seinerseits in eine enge politische Verbindung zu den skandinavischen Ländern und anderen blockungebundenen Staaten, die begonnen hatten sich als dritte Kraft zu formieren, treten sollte.

Die Blockungebundenheit bedeutete für Heinemann und die GVP nicht politisch-gesellschaftliche Neutralität, wie manchmal behauptet wird. Wie andere, keineswegs aber alle Kritiker Adenauers waren Heinemann und seine Leute Anhänger des westlichen Verfassungs- und Gesellschaftssystems, das sie genausowenig zur Disposition stellen wollten wie Adenauer und die CDU. Insgesamt war die politisch-kulturelle Westorientierung, da stimme ich mit Herrn Möller überein, in der westdeutschen Gesellschaft der Nachkriegszeit zunehmend nicht mehr strittig.

Die Widerstände gegen Adenauers Deutschlandpolitik waren gleichwohl nicht nur in der Sozialdemokratie, sondern auch in nicht unbeträchtlichen Teilen des Protestantismus und in der kritischen Öffentlichkeit beträchtlich, insgesamt jedoch eben nicht mehrheitsfähig. Ob Schumacher, Ollenhauer, Heinemann die Wiedervereinigung früher hätten erreichen können, ist schwer zu sagen. Die Logik des Ost-West-Gegensatzes scheint dem zu widersprechen. Und doch bleibt festzuhalten, daß die Möglichkeiten 1952/53 und 1955 nicht voll ausgelotet worden sind und die Frage deshalb nicht absolut zu beantworten ist, wie die Westmächte und die Sowjetunion auf eine andere deutsche Politik wirklich reagiert hätten, denn wir haben es ja immer mit einem Interdependenzzusammenhang zu tun. Es ist dementsprechend auch fraglich, ob die Alternative zur Westintegration ein neutralistisches Deutschland hätte sein müssen. Keinesfalls aber ist die politisch-kulturelle Westorientierung ausschließlich auf die Adenauersche Außenpolitik zurückzuführen; sie hat tiefere Ursachen.

III.

Mein dritter Punkt: Die Deutschlandpolitik 1955–1961.

Der Abschluß der Westverträge führte nicht nur nicht zur Wiedervereinigung, sondern, wie schon gesagt, zur Verfestigung der deutschen Teilung. Adenauer

geriet in seiner Wiedervereinigungspolitik innenpolitisch unverkennbar in die Defensive.

1952 hatte Adenauer erklärt, in 5 bis 10 Jahren würden die geänderten Stärkeverhältnisse und inneren Schwierigkeiten in der Sowjetunion auch in der deutschen Frage die Sowjetunion zu entgegenkommendem Verhalten zwingen. Diese Prognose erwies sich als zunehmend unwahrscheinlich, und die Zweifel wuchsen auch bei denjenigen, die Adenauer ursprünglich gefolgt waren, insbesondere auch bei den Freien Demokraten, die etwa in der Frage der sogenannten Bindungsklausel erhebliche Einwände gegenüber der Adenauerschen Politik beim Abschluß der Westverträge erhoben hatten.

Am 23. Januar 1958 kam es im Bundestag zu einem bemerkenswerten Angriff der Gegner Adenauers auf dessen Deutschlandpolitik. Eine Debatte, die zu einem erheblichen Prestigeverlust Adenauers führte. Thomas Dehler, der 1949–1953 Justizminister unter Adenauer gewesen war, führte leidenschaftlich aus, daß er Adenauer zunehmend nicht mehr habe glauben können, daß er das Ziel der Wiedervereinigung überhaupt noch anstrebe. Noch härter und wirkungsvoller ging Gustav Heinemann, der inzwischen – nach dem Scheitern der Gesamtdeutschen Volkspartei – für die SPD in den Bundestag eingezogen war, mit Adenauer ins Gericht, indem er auf die aus seiner Sicht versäumten Wiedervereinigungsmöglichkeiten der Jahre 1952 und 1955 hinwies. Jetzt stehe man vor den Scherben der gescheiterten Politik der Stärke. Gustav Heinemanns teilweise auch theologische Argumente verwendende Abrechnung gipfelte in dem Satz: „Wer Deutschland immer tiefer spalten will, kann es nicht besser machen als in Fortsetzung immer noch dieses Weges.“ Die Wirkung der Debatte in der Öffentlichkeit war deshalb ziemlich verheerend, weil – zumal nach der hilflosen Reaktion der Regierung – der Eindruck entstand, daß Adenauers Kritiker eben zumindest teilweise recht hatten.

Dieser Eindruck schwand auch in der Folgezeit nicht, führte gleichwohl nicht zu einem wirklichen Einbruch bei Wahlen für die CDU und Adenauer, weil die Mehrheit der Westdeutschen der Sicherheit absolute Priorität einräumte und für sie die Wiedervereinigung zunehmend ebenfalls zu einer nachgeordneten, jedenfalls für die meisten nicht existentiell bedeutsamen Frage wurde.

Adenauer empfand gleichwohl, daß er in der Wiedervereinigungsfrage angreifbar war. Seit 1957 startete er jedenfalls eine Reihe von in sich widersprüchlichen deutschlandpolitischen Initiativen, die vielfach nicht öffentlich wurden. Diese Initiativen sind von Hans-Peter Schwarz, von seinem Biographen, charakterisiert worden als „nicht viel mehr als ein gut gemeintes, doch erfolgloses Gewurstel“. 1956/57 hatte er die Kontakte Schäffers mit Vinzenz Müller, bei denen es um Möglichkeiten einer Konföderation ging, zugelassen. Im März 1958 fragte er den sowjetischen Botschafter Smirnow, ob die Sowjetunion bereit sei, der DDR den Status Österreichs einzuräumen. Wie schon früher erklärte er, bei der Frage der DDR gehe er nicht primär von nationalen Über-

legungen aus. Offenbar war er zumindest zu einer zeitweiligen Anerkennung, beziehungsweise Respektierung einer selbständigen DDR bereit. Eine Antwort auf diese Frage, die er an Smirnow stellte, blieb freilich aus. Auch nach dem Bau der Mauer hat Adenauer wiederholt betont, daß für ihn „die Frage der Zone und Berlins nicht in erster Linie eine nationale, sondern eine menschliche Frage“ sei. Erinnert sei an das sogenannte „Burgfriedensangebot“ in seinem letzten Amtsjahr, das vor diesem Hintergrund zu sehen und zu verstehen ist.

Die Genfer Außenministerkonferenz 1959, auf die die westdeutsche Außenpolitik hingearbeitet hatte und an der eine west- und eine ostdeutsche Delegation bereits an Katzentischen teilgenommen hatte, brachte keinerlei Fortschritte, obgleich die westlichen Positionen im Herter-Plan schon erheblich modifiziert worden waren und keineswegs am Anfang eines Wiedervereinigungsprozesses bereits die Forderung nach freien Wahlen stehen sollte. Aus der Sicht Heinrich von Brentanos hatte die Konferenz von vorneherein nur den Sinn, die Menschen davon zu überzeugen „daß die Schuld für das Scheitern der Konferenz bei der Sowjetunion liege“. Im gleichen Jahr arbeitete Globke im Kanzleramt, im Auftrag Adenauers auf dem Hintergrund von Chruschtschows Berlin-Ultimatum ein Konzept aus, in dem eine Interimslösung für Berlin mit einer Anerkennung der DDR verbunden war und das in mehreren Schritten zur Wiedervereinigung führen sollte.

Das erst 1974 bekannt gewordene Konzept Globkes weist gewisse Berührungspunkte mit dem damals – 1959 – in der Öffentlichkeit heftig umkämpften Deutschlandplan der SPD auf, der, ebenfalls auf dem Hintergrund der Berlin-Krise entwickelt, die sozialdemokratischen Vorstellungen der vorhergehenden Jahre für eine Wiedervereinigung in einem Stufenkonzept zu bündeln versuchte, wobei Konzepte Gaitskells, Kennans und des polnischen Außenministers Rapacki für ein Disengagement eingearbeitet waren. Der Plan kombinierte Rüstungskontrollschritte mit Schritten über eine Konföderation hin zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit.

Es stellte sich jedoch heraus, daß sich mit derartigen Plänen die Stagnation in der deutschen Frage zu diesem Zeitpunkt nicht mehr überwinden ließ. Die SPD zog ihren Plan zurück. 1960 hielt Herbert Wehner seine berühmte Rede im Deutschen Bundestag, die man als Ausdruck von resignativem Realismus werten mag.

1961 wurde die Mauer gebaut. Die Preisgabe der offenen Grenze durch den Westen dokumentierte aus der Sicht vieler Zeitgenossen das Scheitern des Anspruchs der Adenauerschen Deutschlandpolitik, die, so jedenfalls wurde Adenauer verstanden, auf die Befreiung, wie es damals hieß, der „Ostzone“ mit Hilfe der westlichen Verbündeten zielte. Heinrich Krone, ein enger Vertrauter Adenauers, notierte damals in seinem Tagebuch: „Die Stunde der großen Desillusion. Das deutsche Volk hatte vom Westen mehr als eine Protestnote erwartet. Stimmen des Zweifels werden laut. Läßt uns der Westen im Stich?“

Willy Brandt hat in seinen Erinnerungen, und zwar in den beiden Fassungen seiner Erinnerungen, die psychologischen Folgen der Reaktion des Westens eindrucksvoll beschrieben; der Vorhang sei weggezogen worden und habe eine leere Bühne gezeigt.

IV.

Ich komme zu den Neuansätzen der 60er Jahre.

Der Bau der Mauer schockierte die deutsche Öffentlichkeit, führte aber zugleich auch zu politischen Neuansätzen in der Deutschlandpolitik, wobei die veränderte internationale Konstellation eine erhebliche Rolle spielte. Nach der Doppelkrise Berlin/Kuba bildete sich eine verstärkte Tendenz zur Entspannung zwischen den Supermächten heraus, und die westdeutsche Politik lief Gefahr sich international zu isolieren.

Der bemerkenswerteste Neuansatz war Willy Brandts „Politik der kleinen Schritte“ und das von Egon Bahr 1963 in Tutzing formulierte Konzept des „Wandels durch Annäherung“. Der Neuansatz ging von der Einsicht aus, daß die zwischen Ost und West strittige deutsche Frage auf absehbare Zeit nicht lösbar, doch die Aufgabe unabweisbar sei, nicht nur die deutsche Politik dem internationalen Entspannungsprozeß, der sich zunehmend abzeichnete, anzupassen und eine außenpolitische Isolierung der Bundesrepublik zu vermeiden, sondern vor allem menschliche Erleichterungen, Besuche, Familienzusammenführung usw. im Verhältnis der beiden deutschen Staaten durchzusetzen und das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit, trotz der Zweistaatlichkeit, zu erhalten. Die Politik schloß mithin die schon von Adenauer erwogene zumindest zeitweilige Anerkennung des politischen Status quo ein, und zwar mit dem Ziel, diesen Status quo zu verändern, d.h. die Grenzen durchlässig zu machen, zu einem geregelten Nebeneinander der Staaten des Westens und des Ostens zu kommen und langfristig diese Nachkriegsordnung zu überwinden. Bahr sagte: „Heute ist klar, daß die Wiedervereinigung nicht ein einmaliger Akt ist, der durch einen historischen Beschluß an einem historischen Tag einer historischen Konferenz ins Werk gesetzt wird, sondern ein Prozeß mit vielen Schritten und vielen Stationen. Wenn es richtig ist, was Kennedy sagte, daß man auch die Interessen der anderen Seite anerkennen und berücksichtigen müsse, so ist es sicher für die Sowjetunion unmöglich, sich die Zone zum Zweck einer Verstärkung des westlichen Potentials entreißen zu lassen.“

Ansätze für eine „Politik der kleinen Schritte“ hatte es schon früher gegeben. Herbert Wehner und Willy Brandt hatten bereits 1956 angeregt, alle möglichen Kontakte unterhalb der Anerkennung des Ulbricht Regimes zu fördern, um jedenfalls die unsinnigsten Auswüchse des Kalten Krieges beseitigen zu

helfen. Der Beginn dieser Politik in Berlin nach dem Bau der Mauer war mühsam. Nach ihrer Übertragung auf die Bundespolitik stieß sie zeitweilig auf heftigen Widerstand der damaligen Opposition, wurde dann aber nach 1982 auch von Helmut Kohl und der christlich-demokratisch-liberalen Regierung fortgesetzt.

Insgesamt kann keine Frage sein, daß diese Politik des „Wandels durch Annäherung“, wie auch Timothy Garton Ashs Buch eindrucksvoll zeigt, im Kontext veränderter internationaler Rahmenbedingungen überaus erfolgreich war und die Transformation des Ostens, die die Voraussetzung der Wiedervereinigung war, ermöglicht hat.

Resümierend möchte ich folgendes zur Deutschlandpolitik der Ära Adenauer feststellen:

1. Die Erklärung des vollzogenen historischen Prozesses führt Historiker wie Zeitgenossen nicht selten dazu, die Entwicklung auf die erfolgreiche Linie zu verengen. Dadurch, daß man eben die erfolgreiche Linie erklären muß, wird sie sozusagen als die einzig mögliche Linie betrachtet. Die Frage der Alternativen ist jedoch vor dem jeweils vorhandenen offenen Horizont der Möglichkeiten mit zu sehen, wobei die Handlungsspielräume, die realen, d.h. die von heute her sichtbaren, und die vermeintlichen, d.h. für die damals Handelnden erkennbaren, zu unterscheiden sind. Es ist deshalb längst an der Zeit, auch Adenauers Gegnern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.
2. Es ist schwerlich möglich, Adenauer sowohl als Vertreter der Überwindung des Nationalstaatsgedankens als auch als konsequenten Verfechter der Wiedervereinigungsidee zu bezeichnen. Adenauers Leistung ist die Westintegrationspolitik. Seine Wiedervereinigungspolitik ist demgegenüber, gemessen an ihren Ansprüchen, gescheitert, jedenfalls wenn man die proklamierten Ziele ernstnimmt. Für Adenauers Politik gab es gute Gründe, insbesondere wenn man sich die Bewältigung des Erbes der NS-Zeit vergegenwärtigt. Doch sind ihre Schattenseiten nicht zu übersehen, um nocheinmal Christian Hacke zu zitieren: „Den Preis der Teilung zahlten die 18 Millionen Menschen in der DDR.“
3. Es heißt die Komplexität historischer Prozesse grotesk zu unterschätzen, einen geradlinigen Weg von Adenauers Politik und Strategie der 50er Jahre zur deutschen Vereinigung 1989/90 anzunehmen. Mit gleichem, vielleicht sogar größerem Recht kann man die Vereinigung als Folge der neuen Ostpolitik bezeichnen.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Dreimal Dank an Dr. Faulenbach, einmal, daß er kurzfristig eingesprungen ist für den verhinderten Prof. Niethammer; zweitens, daß er sich weitgehend an die Zeit gehalten hat; und drittens, daß er uns bereits in eine hoch spannende Diskussion geführt hat, die den Geräuschpegel hier hob, obgleich das nichts mit weniger Aufmerksamkeit

für seine Worte zu tun hatte. Aber die Diskussion steht noch bevor. Wir haben uns dem Thema noch auf andere Weise anzunähern, und dafür wird uns Herr Dr. Foschepoth zunächst noch zur Verfügung stehen. Vielen Dank. Herr Dr. Foschepoth, Sie haben das Wort.

Dr. Josef Foschepoth: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Ich bin gerade noch einmal eindringlich gebeten worden, mich an die Zeit zu halten. Ich will es tun. Deshalb muß ich ein bißchen pointiert formulieren. Das ist sicherlich auch für die Diskussion hinterher sehr belebend.

Ich bin ja nun nicht bekannt als politischer Denkmalschützer Konrad Adenauers und als solcher bin ich ja auch hier nicht eingeladen worden. Deshalb können Sie jetzt sicherlich eine etwas andere Perspektive von mir erwarten. Wir haben in den letzten Jahren häufig eine sehr populäre These gehört in der Bundesrepublik, die lautete: „Was Adenauer wollte, hat Kohl verwirklicht.“ Herr Kollege Faulenbach ist eben ja auch schon kurz darauf eingegangen. Es geht im Grunde darum, eine Kontinuität herzustellen, die natürlich nicht ihres politischen Hintergrundes entbehrt. Nicht nur Kohl, sondern natürlich auch Adenauer gewinnen auf diese Weise noch an Größe, wenn etwa Rudolf Morsey schreibt: „Es dürfte wenige Staatsmänner, und nicht nur solche vergleichbarer geschlagener Nationen und Völker geben, deren konkrete Visionen noch innerhalb einer Generationsspanne politische Wirklichkeit geworden sind.“ Vergleichbare Äußerungen gibt es von Hans-Peter Schwarz, der im Nachwort seiner Biographie betont hat, daß das politische Kalkül Konrad Adenauers von 1952 1989 aufgegangen sei. Klaus Gotto, um einen Dritten zu zitieren, titelt etwa „Realist und Visionär“.

Die Attribute sind also sehr schnell gefunden, um den ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland doch ein bißchen zu sehr zu überhöhen, so daß die Intention klar wird, ihn jeglicher Kritik, insbesondere was die Haltung in der Deutschlandfrage anbetrifft, von vorneherein zu entheben. Ich möchte einer solchen Tendenz deutlich widersprechen und möchte fragen: Welche Rolle hat die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands tatsächlich in der Politik Adenauers gespielt? War sie ein operatives Ziel oder lediglich deklamatorisches Beiwerk seiner Politik? Wurden mögliche Handlungsspielräume genutzt, um dem „sehnlichsten Wunsch aller Deutschen“ ein Stück näher zu kommen? Hätten, auch diese Frage müssen wir uns ja heute um so eindringlicher stellen, hätten möglicherweise 40 Jahre deutscher Teilung vermieden oder zumindest verkürzt werden können, wenn in den 50er Jahren eine andere Politik betrieben worden wäre? Was waren also die Intentionen und Ziele, die Voraussetzungen und Realisierungsmöglichkeiten, die Erfolge und die Kosten der Adenauerschen Politik in Sachen Wiedervereinigung Deutschlands?

Ich sehe auch wie Herr Möller, daß Adenauer ein sehr dichotomisches Weltbild gehabt hat, eine Perzeption der weltpolitischen Lage nach dem